

Marathonsitzung zeigt katastrophale Antragslage für Mastställe in Groß Munzel auf!

Hannover, den 15.03.2011: Der Erörterungstermin über den Bauantrag für zwei Mastställe für 84.400 Hühner in Groß Munzel förderte zu Tage wie lückenhaft der Kenntnisstand der Verwaltung der Region Hannover bisher war. In 462 Briefen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie Naturschutzverbänden wurden die Antragsunterlagen als völlig unzureichend und grob fehlerhaft bemängelt. Sie forderten die Korrektur und Vervollständigung sowie eine erneute Auslegung. Trotz alledem hatte die Regionsverwaltung diesen Termin angesetzt und wurde von den Anwesenden scharf kritisiert.

Allein die Auflistung der fehlerhaften oder unvollständigen – also nicht beigelegten Papiere - Unterlagen des Maststall-Bauantrages für 84.400 Hühner umfassen sechs DIN A 4 Seiten. Der Versuch des Architekten des Antrag stellenden Landwirtes diese gravierenden Mängel zu erklären, war schlicht chaotisch. „Als die Erklärungsversuche die katastrophale Antragsdokumentation immer offensichtlicher werden ließen, brach die Leiterin des Erörterungstermins den Vortrag kurzerhand ab. Doch leider verhinderte sie damit auch, dass die gesamte Mängelliste veröffentlicht wurde“, berichtet Hannelore Plaumann, Vorsitzende des BUND Region Hannover, anlässlich des Erörterungstermins. Im Gegensatz zur Genehmigungsbehörde, die lediglich einige Zahlendreher für nachbesserungswürdig hielt, sah der Antragsteller offensichtlich die groben Mängel. Er entschuldigte sich bei einer Gruppe von Einwendern für die schlechte Arbeit des Planungsbüros. Dies alles zeigt auch, dass mehrfache Befangenheitsanträge der Bürgerinitiativen gegen die Behördenvertreter durchaus zu erklären sind. Die Region Hannover war sehr schlecht beraten, die Unterlagen vor erheblichen Nachbesserungen öffentlich auszulegen. Sie hätte den vielen Beteiligten damit drei anstrengende und unerfreuliche Tage erspart.

Angesichts der fast 130 Einwendungsgründe auf der Tagesordnung - die den Einwendern aufgrund des Umfangs vor dem Termin hätten bekannt gemacht werden müssen – verlor selbst das Podium mehrfach die Übersicht. Wenn die Verhandlungsleiterin auch nur den Eindruck hatte, der Wortbeitrag sei einem anderen Tagesordnungspunkt zuzuordnen, unterbrach sie sofort die Bürgerinnen und Bürger, teilte ihnen wortreich und sich vielfach wiederholend ihre Einschätzung mit und entzog ihnen das Wort. Sie trug damit weder zur Versachlichung noch zur Beschleunigung des Termins bei, sondern erhöhte lediglich die spannungsgeladene Atmosphäre und den Frust Aller. Es entstand der Eindruck, sie wolle die Einwender verunsichern und so die Zahl der Wortbeiträge minimieren.

„Diese nicht angemessene Verhandlungsführung während des Erörterungstermin sowie seine Ausdehnung auf einen dritten Tag ohne vorherige Information ist ein äußerst fragwürdiger Umgang mit den betroffenen Menschen, die sich Urlaubstage und freie Zeit genommen haben, um dabei zu sein“, bemängelt die BUND-Vorsitzende.

Als 2010 durch mehrere Brände von Mastställen klar wurde, dass hier bauliche und technische Verbesserungen erforderlich werden, hat auch die Region Hannover gehandelt und mit Experten zum Schutz der Tiere, der Stallbauten und auch der Löschmannschaften der Feuerwehren neue Brandschutz-Regelstandards erarbeitet und festgelegt. Jetzt wird sich zeigen, ob die Region Hannover zu ihren berechtigten Regelstandards steht oder bereits bei Klageandrohung durch den Antragsteller einknickt.

Ein Lichtblick war gegen Ende des Erörterungstermins, dass der anwesende Umweltdezernent Prof. Dr. Axel Priebes im Gespräch feststellte, dass die Region Hannover ein sehr umfangreiches Erkenntnispaket mitnehme. Nun bleibt nur zu hoffen, dass dies zu einer intensiven und sachbezogenen Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Bedenken führt. Nach deren Abwägung gibt die Regionsverwaltung das Ergebnis ihrer Arbeit als Beschlussempfehlung in den Umweltausschuss. „Da aufgrund der mangelhaften und lückenhaften Antragsunterlagen eine Zustimmung unmöglich sein dürfte, gehen wir davon aus, dass der Antrag durch den Ausschuss an die Verwaltung zurück verwiesen wird. Nach umfangreichen Nachbesserungen der Unterlagen müssten diese dann erneut ausgelegt werden. Nur wenn dieser Weg eingeschlagen wird, kann glaubhaft dokumentiert werden, dass die Region Hannover Genehmigungen nur auf der Grundlage ordnungsgemäßer und vollständiger Antragsunterlagen erteilt. Antragsteller und Region Hannover sollten daran interessiert sein, so den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass sie ernst genommen werden und man das verloren gegangene Vertrauen zurück gewinnen will“, so die BUND-Vorsitzende.

Kontakt: Hannelore Plaumann, Tel. (05109) 9887
Vorsitzende BUND Region Hannover
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover

Hintergrund: Mehr zu Massentierhaltung unter www.bund-hannover.de
/ Themen / Landwirtschaft.

ViSdP: BUND Region Hannover – Sibylle.Maurer-Wohlatz@bund.net